

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.4. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonial-Beile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weyh.

Druck von E. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung.

Alle, die von ihrer Arbeit leben müssen, spüren zum Ueberdruß am eigenen Leibe die Wirkung des sinkenden Geldwertes auf die Lebenshaltung. Der Lohn, den wir bekommen, mag zwar im Verhältnis zu dem Vorkriegslohn hoch erscheinen, aber seine Kaufkraft ist ganz gering. Unser Geld gibt nichts aus. Das Ausland schätzt es entsprechend ein. Am 24. November hatte man (nach dem Berliner Börsenbericht) für einen holländischen Gulden 16,10 Mk. zu zahlen (statt 1,68 Mk. vor dem Kriege), für einen Schweizer Franken 7,64 Mk. (statt 81 Pf.), für eine schwedische Krone 9,52 Mk. (statt 1,12 Mk.). Im allgemeinen ist der Geldwert schon nahezu auf den zehnten Teil gesunken. Der Entwicklungsgang der Dinge während der Kriegswirtschaft hat zu der immer schärferen Spannung zwischen Preisen und Löhnen geführt und uns als schwierige Hinterlassenschaft die Entwertung des Nominallohnes beschert. Die Aussichten, diese Entwertung aufzuhalten oder sie umzukehren, sind einstweilen sehr gering. Die Gesellschaft für soziale Reform hat über den Gegenstand Untersuchungen von bekannten Volkswirtschaftlern und Sozialpolitikern vornehmen lassen und eine Reihe diesbezüglicher Studien veröffentlicht, die allgemeiner Beachtung zu empfehlen sind.* In der Hauptsache werden als Mittel zur Hebung der Kaufkraft des Lohnes vorgeschlagen Absenkung der Preise durch zweckmäßiges Wirtschaften bei der Produktion und der Verteilung in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr; Rationalisierung der Arbeit, bestmögliche Ausnutzung des Lohnes durch überlegte Verbrauchswirtschaft und vernünftige häusliche Kultur und endlich Maßnahmen gegen die Geldentwertung. Zutreffend sagt W. Zimmermann im ersten Heft dieser Schriftenreihe: Es gibt keine einfache Lösung des Problems der Wiederherstellung der Kaufkraft des Lohnes; am wenigsten ist sie durch eine allgemeine Staatsbureaufassung der Produktion zu erreichen. — Die einfache Erhöhung des Nominallohnes führt ebenfalls zu keiner Verbesserung der Lage der Volksmassen, weil ihnen durch Preis-erhöhungen wieder weggenommen wird, was sie an Lohnerhöhung erzielt. Die Kaufkraft steigt nicht mit dem Nominallohn. Das schöne Rechenexempel: Wenn die Gesamtsumme der Geldlöhne der Arbeiter um durchschnittlich 50 Prozent gesteigert würde, so würde jedes Prozent der Steigerung ein Wachstum der wirklichen Kaufkraft bedeuten und der Erzeugung eines ungeheuren Binnenmarktes erschließen, der bei 50 Prozent Steigerung der Größe unseres gesamten Exportes vor dem Kriege gleichkäme, ist in dieser einfachen Form eine Milchmädchenrechnung. Bei einer solchen Annahme müßte man voraussetzen, daß die Produktion durch die höheren Löhne gleichzeitig automatisch stark vermehrt und verbilligt würde. Sonst wäre eine Vergrößerung der Kaufkraft der Löhne und eine erhöhte Nachfrage nach Waren seitens der Lohnempfänger nicht denkbar, weil sie eben mit 110 Mk. bei gleichbleibender Produktion und gleichzeitiger Steigerung der Löhne um 10 Prozent nicht ein Stück mehr als vorher mit 100 Mk. kaufen könnten. Es handelt sich dann nur um einen Vorgang fortschreitender Geldentwertung, die unter Umständen im Hinblick auf die Wertföschung unserer Währung im Auslande uns die Rohstoffbezüge von dort entsprechend verteuern würde. (W. Zimmermann.)

Eine Verbilligung der Lebenshaltung wäre gewiß in erster Linie durch Mehrangebot einheimischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse möglich, die von jeher den Großteil unseres Nahrungsbedarfes deckten. Ein solches Mehrangebot ist nur nach erfolgter Steigerung der Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe möglich, da von den Erträgen, die bei der jetzigen Wirtschaftsweise erzielt werden, ein weit größerer Teil als vordem dem Eigenverbrauche dient. E. Figen zeigt in Heft 3 der erwähnten Schriften, daß die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft in Zukunft noch erheblich gesteigert werden kann; das beweist schon die einfache Wahrnehmung, daß die wirklich gut und mit allen Mitteln des Fortschrittes geleiteten Wirtschaften häufig ein Vielfaches mehr an Erträgen erzielen, als die weniger gut oder schlecht geleiteten Betriebe. Es gibt in Deutschland bereits zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe, deren musterhafte Leistungen sich weit über den normalen Durchschnitt der landwirtschaftlichen Produktion erheben. Der Reichsdurchschnitt wird aber immer wieder herabgedrückt durch die zahlreicheren anderen Betriebe, die hinter diesen Höchstleistungen mehr oder minder zurückbleiben. Hier muß der Hebel angefaßt werden. Wir müssen die Masse der bäuerlichen Bevölkerung auf eine höhere Stufe der Leistungsfähigkeit zu heben suchen. Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Wissenschaft und Praxis mit all ihren fortschrittlichen Errungenschaften müssen mehr noch als bisher zum Gemeingut der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung gemacht werden. Es wird gezeigt, welche Mittel zur Erreichung dieses Zweckes dienlich sind. Sehr vornehmlich ist auch ein besseres Zusammenwirken von Land und Stadt.

Ebenso wie in der Landwirtschaft muß in der Industrie eine Steigerung der Leistung eintreten, nicht nur um die heimische Versorgung mit gewerblichen Erzeugnissen zu verbessern, sondern auch um Ueberflüsse für die Ausfuhr zu gewinnen, für welche Nahrungsmittel zur Versorgung der städtischen Bevölkerung eingeführt werden können. Ueberdies muß vornehmlich die industrielle Erzeugung

an der Tilgung unserer Kriegsschulden mitwirken. Bei der Leistungssteigerung darf nicht der Grundsatz befolgt werden, billig und schlecht zu arbeiten. Die billige Herstellung muß vielmehr mit hoher Qualität vereinigt werden. Alle Faktoren, die mittelbar oder unmittelbar zu den Herstellungskosten beitragen, sind daraufhin zu prüfen, wie weit sich ihr Wirkungsgrad erhöhen und ihr Unkostenanteil erniedrigen läßt. An allen Stellen, von der Auswahl der herzustellenden Gegenstände und der Beschaffung der Rohstoffe und Betriebsmittel an bis zur Ablieferung des fertigen Erzeugnisses, muß gespart oder wirkungsvoller gearbeitet werden. An manchen Punkten mag sich nur wenig, an manchen mehr, an etlichen viel hereinholen lassen: aus vielen kleinen Quellen sollen

Winter Sonnenwende.

Dunkel umspinnt uns — wir harren des Lichts,
Daß es die frostende Nacht uns erhelle,
Daß sein goldenes Leuchten quelle
Und das Leben erwecke aus lassendem Nichts!
Dunkel hat tief gebeugt uns das Haupt,
Hat uns die Hände gefesselt, die müden,
Und wir hatten dem segnenden Frieden
Fest doch vertraut und hoffend geglaubt!
Winter brach an. Schnee deckt die Lande.
Frost hat die eifigen Bräden gebaut.
Und von des Abgrunds gähnendem Rande
Uns die Verzweiflung entgegenhaut...
Oh, wie träge die Stunden rinnen!
Bleiern die Nebel des Trübniß wehn!
Wollen nicht neu wir das Leben beginnen?
Sollen wir tatenlos untergehn?
Haben nicht Pflichten wir am Leben?
Schwestern und Brüder, die Stunde schlägt,
Da wir der Zukunft Ausaat geben,
Bis sich das neue Leben regt!
Keiner darf rasten, niemand darf feiern;
Unser Werk heißt die willige Hand,
Soll sich von Sorgen und Bangen entschleiern
Unser todwundes Heimatland!
Dunkel umspinnt es... Zerreißt die Fäden,
Bis sich die Sonne wieder zeigt,
Bis das Frührot der Hoffnung für jeden
Rosig am Himmelsgewölbe steigt!
Machet der Not und dem Hunger ein Ende!
Selbst müht ihr schafften, wirken und bauen;
Nur wenn ihr eigener Kraft könnt vertrauen,
Kommt für uns alle die Sonnenwende!

die Bäche zusammenfließen, die schließlich den Milliardenstrom ergeben, der unsere festgefahrene Wirtschaft wieder flottmachen muß. Sinn für Ökonomie, rationale Gestaltung des Betriebes, Steigerung der Produktivität muß das Gemeingut aller technisch Arbeitenden werden, vom ersten Direktor bis zum Mann am Schraubstod. Mit aller Schärfe muß betont werden, daß dies die Frage von Leben oder Sterben für unsere Industrie ist. Nun mag man ja sagen, daß dieses Spar- und Wirtschaftsprinzip keine neue Weisheit sei; daß es von jeher das Streben jedes guiegeleiteten Unternehmens gewesen sei, billig zu arbeiten, und daß unsere deutsche Industrie sich schon auf dem richtigen Wege befinde und der Belehrung nicht bedürfe. Solche Einwände treffen aber die Sache nicht. Eine neue Geheimwissenschaft zur Sanierung der deutschen Industrie kann man freilich nicht bieten, sondern nur einfache Regeln des gesunden Menschenverstandes. Daß diese Regeln aber bisher schon in dem Maße zur Anwendung gekommen seien, wie es künftig unbedingt nötig sein wird, wenn unsere Industrie sich über Wasser halten soll, das kann billigerweise bezweifelt werden. Hendrichs und Mittelsternscheid machen in Heft 4 der eingangs genannten Schriften darauf aufmerksam, daß vielmehr: 1. manche Unternehmungen zurückgeblieben und schon in Vorkriegszeiten notleidend geworden sind, weil sie sich vom alien Schlandrian nicht frei machen konnten. 2. Andere haben an hoch bezahlten Sondererzeugnissen so viel verdient, daß sie sich eine unrationelle Herstellungsweise leisten konnten. Hier drängen sich Beispiele aus gewissen Zweigen der chemischen Industrie auf. Jetzt werden diese Blausäuren für die meisten vorbei sein. 3. Es gibt eine ganze Anzahl hochbedeutender Unternehmungen, die in den einzelnen Beziehungen ausgezeichnet durchgebildet sind, in anderen ebenso wichtigen aber häufig zurückgeblieben. Manches Werk hat seine Verfahren zur Erzielung hoher Ausbeuten und rationaler Verarbeitung von Nebenprodukten bis zum letzten Prozent ausgearbeitet und treibt daneben eine erkaunte Verschwendung von Dampf und Kraft. Andere stehen technisch auf der Höhe, sind aber kaufmännisch nicht richtig aufgezogen. Und von den meisten kann man sagen, daß sie bei ökonomischer Behandlung alles toten Materials mit dem lebenden Material, nämlich Arbeitern und Angehörigen, nicht rational umgegangen sind. 4. Viele Fragen der Rationalisierung und Steigerung des Wirkungsgrades lassen sich von einzelnen Unternehmungen überhaupt nicht lösen, sondern erfordern ein Zusammenwirken des ganzen betreffenden Industriezweiges, nötigenfalls unter Mitarbeit des Staates. An solchen

Zusammenarbeiten hat es vielfach gefehlt. Das Grundproblem der Leistungssteigerung ist die Massenfertigung, bei der vielleicht amerikanische Verhältnisse Vorbildlich werden könnten. Durch das Programm der Massenfertigung wird erst ermöglicht: die Verbesserung der Arbeitsmethoden, die Ausgestaltung der Betriebsorganisation, Qualitätsarbeit, Abfallverwertung, bessere Wärme- und Kraftwirtschaft, besseres Transportwesen, bessere Rohstoffbeschaffung, wirtschaftliche und hygienische Gestaltung der Fabrikanlagen.

Eine von den mechanischen Industrien verschiedene Stellung nimmt die chemische Industrie ein mit ihrer ungeheuren Mannigfaltigkeit der Rohstoffe und der Erzeugnisse. In ihrem Falle kann meist nicht nach den Grund- oder Normung und Typifizierung verfahren werden, aber Fortschritte in der Nutzung von Material und Betriebsrichtung sind dennoch möglich. Zu den Grundfragen chemischer Betriebsökonomie gehört zum Beispiel die Verwertung der Nebenabfallprodukte. Fast bei jeder Fabrikation entstehen solche, oft recht lästige Beigaben. Bei gut lohnenden Haupterzeugnissen findet man sich oft so mit ihnen ab, daß man sie als Flüssigkeiten weglassen läßt oder als feste Stoffe auf Halben stürzt oder abfährt. Bei sorgfältiger Durchbildung des Betriebes muß an eine bessere Verwertung durch Umwandlung in Nützstoffe herangegangen werden, zumal wenn sich die einfache Beseitigung wegen der Eigenschaften der Nebenprodukte verbietet. Auf diese Weise gliedert sich ungewollt und unbermeidlich eine Fabrikation an die andere, und das Programm wird für den Außenstehenden buntschneidig, während es im Grunde streng ökonomisch aufgebaut ist. Ein Erfolgshindernis bildet vielfach die Strenge, mit der das Geschäftsgeheimnis gerade in der chemischen Industrie gewahrt wird. Die Ueberlieferung der Heimlichkeit und des Mistrauens, die wahrscheinlich aus den Zeiten der Alchemisten und Goldmacher herrührt, wird heute noch so zäh gehütet, daß manche Fabrik nicht zugeben will, daß auch bei ihr mit Wasser gefochet wird. Das aber steht dem Zusammenschluß der Betriebe und der wirtschaftlichen Spezialisierung entgegen. Bei einer weitherziger Auffassung würde man vielfach finden, daß der Zusammenschluß und der Verzicht auf völlige Selbständigkeit, sei es auch nur in bezug auf einzelne Produkte, in vielen Fällen die Wirtschaftlichkeit heben würde.

Es gilt, Rohstoffe, Kraftquellen und Maschinen in technisch vollkommener Weise zu verwenden; mit Menschenkraft durch Anwendung besser Methoden zu sparen; Wirtschaftskräfte, die durch Gegeneinanderarbeiten sich aufheben, durch Gleichrichtung zum höchsten Wirkungsgrad zu bringen: diese Sätze müssen aus der Sphäre der Erkenntnis in die Tiefe des Bewußtseins sich senken und von dort in den Willen übergehen. Dann erst kann unsere Industriewirtschaft wieder zu neuer Kraft erstehen. Wir können unsere Selbständigkeit behalten und brauchen nicht zu Hörigen des Auslandes zu werden; dann wird es erreicht, daß bei niedrigen Herstellungskosten Löhne gezahlt werden, denen eine hohe Kaufkraft innewohnt.

Schließlich sei auf Paul Umbreit's Abhandlung „Leistungssteigerung und vervollkommnete Organisation der menschlichen Arbeit“ verwiesen, in welcher gezeigt wird, wie sehr die Erhöhung der Arbeitsleistung von einer weitherzigen Arbeits- und Lohnpolitik abhängt. Eine gewaltige Fülle von Aufgaben und Einrichtungen kommen hier in Betracht. Es wäre zu wünschen, wenn Umbreit's Darlegungen besonders auf der Unternehmerseite Beachtung fänden.

Zentral-Arbeitsgemeinschaft.

Am 12. Dezember fand in Berlin im Sitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses die erste Tagung des Zentralausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber statt. Geheimrat v. Vorqg eröffnete die Sitzung. Er bewies auf die Hindernisse, die der Arbeitsgemeinschaft entgegenstehen, die aber überwunden werden würden. Dann erhielt Legien das Wort. Er sprach über die Entstehung und die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. Sie sei nichts anderes als die konsequente Fortsetzung der Tarifpolitik, die seit Anfang dieses Jahrhunderts von den Gewerkschaften betrieben werde. Die Arbeitsgemeinschaft sei nicht nach dem Zusammenbruch Deutschlands entstanden, sondern schon vorher abgeschlossen, um der Gefahr darzubringen, die entgegen müsse, wenn nach der Demobilisation die vom Heere entlassenen Arbeiter ohne Regelung in das Erwerbsleben zurückzuführen. In den Kreisen der Arbeitgeber sei die Erkenntnis durchgedrungen, daß sich ohne Mitwirkung der organisierten Arbeiter das Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen lasse. Bäre der Abbruch der Arbeitsgemeinschaft, der ja schon erfolgt war, als noch niemand an den Zusammenbruch Deutschlands dachte, noch vor dem Zusammenbruch bekannt geworden, dann hätte sie wohl weniger Widerstand in Arbeitkreisen gefunden als es jetzt der Fall sei. Bei allen maßgebenden Behörden habe die Arbeitsgemeinschaft das größte Entgegenkommen gefunden. Sie habe mitgewirkt bei dem größten Teil der Gesetze und Verordnungen, die während der Uebergangszeit erlassen wurden, sie habe auch auf die Schaffung des vorläufigen Reichsarbeitsgesetzes entscheidenden Einfluß ausgeübt. Der Zusammenschluß aller Industriezweige in der Zentralarbeitsgemeinschaft habe leider eine Störung erlitten durch die am 11. Dezember erfolgte Gründung einer selbständigen Zentralarbeitsgemeinschaft für das Transportgewerbe. Das sei ein Zeichen der deutschen Betriebsmüdigkeit. Noch ehe die einheitliche Organisation für das ganze Reich ins Leben getreten sei, habe eine einzelne Gruppe die Einheitlichkeit durchbrochen trotz des Einspruchs der Zentralarbeitsgemeinschaft. Es gebe gar keinen Grund für das Bestehen einer selbständigen Zentralarbeitsgemeinschaft für das Transportgewerbe. Nur wenn alle Beteiligten in gemeinsamer Arbeit und mit voller Verantwortung ihre Pflicht tun, können die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft gelöst werden. Generalsekretär Praemer sprach über die Aufgaben der Zentralarbeitsgemeinschaften. Er ging davon aus, daß die Notwendigkeit der Grundursache der wirtschaftlichen Not sei und es deshalb in erster Linie auf

* Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung. Vier Teile. Verlag von Gustav Fischer in Jena. 9,40 Mk.

die Gebung der Kohlenproduktion antomme. Die Arbeitsgemeinschaft habe sich einen von Stinnes ausgearbeiteten Plan zu eigen gemacht, wonach durch großzügige Stielung der Kohlenbergwerke 150 000 Arbeiter zugeführt werden, wodurch die Kohlenförderung im kommenden Jahre um etwa 30 Millionen Tonnen gesteigert werden wird. Ein Grund der Kohlennot bestehe in der ungeheuren Verschleuderung von Kohle bei der Eisenbahn. Obgleich die deutschen Eisenbahnen 90 Prozent der ihnen im Kriege gelieferten Kohlenmenge erhalten und jetzt doch erheblich weniger leisten als in der Kriegszeit, wird die ganze Menge verbraucht und keine Vorräte werden angehäuft. Er (Kobner) habe die auch vom Reichsstaatskommissar geteilte Empfindung, daß auf dem Wege von den Zügen nach den Abbläplähen eine ungeheure Menge von Wagen mit Kohlen verloren gehen. Es werde Aufgabe der Regierung sein, nachzuprüfen, wo die der Eisenbahn gelieferten Kohlen bleiben. Wenn die Eisenbahn nur so viel Kohle erhalte, als sie wirklich verbrauche, dann würde noch eine große Menge für die Industrie übrig bleiben. Notwendig sei eine ausreichende Belieferung der Stahlindustrie mit Kohle. In dem zu schaffenden Reichswirtschaftsrat müsse der Arbeitsgemeinschaft eine größere als die in Aussicht gestellte Zahl von Vertretern zugewilligt werden. Nur durch Zusammenarbeiten von Arbeitern und Arbeitgebern könne das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufgebaut werden. Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft würde den Zusammenbruch der Weltwirtschaft bedeuten.

Reichswirtschaftsminister Schmidt antwortete auf die Ausführungen des Generaldirektors Kraemer, daß ja nach dessen Angaben 30 Millionen Tonnen weniger gefördert als gebraucht werden. Die Folge davon sei, daß die Kohle, die es an Kohle fehlt, gerade die Kohle sei, die am notwendigsten ist. Die Leistung im Bergbau habe in letzter Zeit zugenommen, es sei Aussicht, sie bald wieder auf die Höhe der Friedensleistung zu bringen. Der Regierung sei es gelungen, durch Aufstellung von Baracken 30 000 Arbeiter dem Bergbau zuzuführen. Durch Herstellung von Wohnungen werden weitere Arbeiter herangezogen werden. Auf die Angaben Kraemers über angebliches Verschwinden von Kohlen auf der Eisenbahn könne er (Kobner) ohne vorherige Rücksprache mit der Eisenbahnverwaltung keine Auskunft geben. Die Angelegenheit hätte sich wohl aufklären lassen, wenn Herr Kraemer sein Zahlenmaterial der Regierung zur Verfügung gestellt hätte, ehe er damit an die Öffentlichkeit ging. Die Stahlindustrie in voller Leistungsfähigkeit zu erhalten, sei das eifrigste Bemühen der Regierung. — Unser Wirtschaftsleben werde wieder in die Höhe kommen. Wir wollen auf dem Weltmarkt nicht mit planmäßigen Eroberungsplänen auftreten, aber wir wollen als Gleichberechtigte gelten. Zwischen Kapital und Arbeit bestehen ja Gegenseite, aber in dieser Zeit der Not und Sorge müssen innere Gegenseite im Interesse des Allgemeinwohls zurücktreten. Es muß eine Basis für die Ausgleichung der Gegenseite gefunden werden. Unser Wirtschaftsleben verläßt jetzt keine Gegenpart. In ruhigen Bahnen wird es sich entwickeln. Zeichen des neuen Wiederaufstehens sind bereits sichtbar. Die Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaft beim Wiederaufbau der Wirtschaft ist zu begrüßen.

Ansprachen hielten noch der Wiederaufbauminister Dr. Gessler, der preussische Wirtschaftsminister Stegerwald und Ministerdirektor Dr. Scharif namens des Reichsarbeitsministers Schmidt. Auch sie betonten ihre Bereitwilligkeit gemeinsamen Zusammenwirkens mit der Arbeitsgemeinschaft.

Hierauf wird in die Beratung der Satzungen für die Zentralarbeitsgemeinschaft eingetreten. Nach dem vorliegenden Entwurf begreift die Zentralarbeitsgemeinschaft die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands betreffenden wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sowie aller sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsvorgänge. — Die Zentralarbeitsgemeinschaft, die vom Zentralrat und vom Zentralrat geleitet wird, gliedert sich in die Reichsarbeitsgemeinschaften der Industrie- und Gewerbebetriebe sowie in deren Gruppen. Die Organe der Zentralarbeitsgemeinschaft und deren Glieder werden paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet, die beide in getrennter Abstimmung gewählt werden. — Nach einem Referat von Dr. Hoff wurden die Satzungen ohne Diskussion angenommen.

Hierauf wurde die Debatte über die am Vormittag gehaltenen Nebenentscheidungen. Generaldirektor Köglert jagte, der Reichswirtschaftsminister habe eine zu optimistische Auffassung von der Wirtschaftslage. Die jugendlichen Vertreter der Wirtschaft könnten sich dieser Auffassung nicht anschließen. Trotz der Entlassung von 30 000 Kohlenarbeitern im vorigen Monat sei die Förderung zurückgegangen. Solange wir nicht mehr Kohle haben, sei ein Aufstieg der Wirtschaft nicht zu erwarten.

Bruno (Fabrikarbeiterverband) trägt das in Arbeiterkreisen vielfach herrschende Misstrauen gegen die Arbeitsgemeinschaften darauf zurück, daß die Arbeiterorganisationen bis vor kurzem von den Unternehmern auf das schärfste bekämpft worden sind. An der gemeinsamen Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten würden die Arbeiter bereitwillig mitwirken.

Ein Arbeitgebervertreter, Landrat v. Raumer, trat ein für scharfe Kontrolle der Ein- und Ausfuhr, um das Schieberium zu bekämpfen. Man wisse gar nicht, was alles verschoben werde. Für den Inlandsbedarf hergestellte Güter würden von Schiebern aufgekauft und nach dem Ausland verschoben. Um derartige Schieberungen zu verhindern, müsse eine Verfügung erlassen werden, wonach nur solche Waren ausgeführt werden dürfen, die nachweislich vom Hersteller für die Ausfuhr bestimmt sind. Es müsse ein wirtschaftliches Standardrecht eingeführt werden, wonach jeder, der sich am Wirtschaftsleben betätigt, so streng ausgeführt werden kann, daß es abschreckend wirkt.

Köglert (Bergarbeiter) trat der in der Presse oft verbreiteten Behauptung entgegen, daß die Bergarbeiter schon jetzt am Rückgang der Kohlenförderung. Während der Kriegsjahre sei Raubbau getrieben worden und der Arbeitskraft, die Erhaltungsjahre bei den Bergarbeitern sei ungeheuer gesunken, die ganze Arbeiterschaft sei in ihrer Leistungsfähigkeit ungenutzt geblieben. Das sei die Ursache des Rückgangs der Förderung. Die Angabe des Direktors Kraemer, daß dem deutschen Reichswirtschaftsrat 80 Millionen Tonnen Kohle fehlen, treffe nicht zu. Direktor Kraemer habe die Aufgabe von der Friedensförderung nicht abgezogen. Nur 30 Millionen Tonnen fehlen der deutschen Wirtschaft. Alle Voraussetzungen für die nächsten Jahre müßten zu einem Stillstand im Bergbau kommen. Es sei eine ungeheure Förderung erforderlich. Es sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die Kohlenproduktion enorm zu steigern. Dazu sei erforderlich, die Förderung der Bergbaufrage, sondern auch im übrigen die Schaffung von Verhältnissen, die den Bergarbeitern die Arbeitsfähigkeit geben.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist jetzt, die großen Güterbestände abzurufen. In Deutschland lagern 1 1/2 Millionen Tonnen Güterbestände und dabei herrsche eine Kohlenknappheit.

Nach weiteren Ausführungen verschiedener Redner konnte die Konferenz, die ursprünglich auf zwei Tage vorgesehen war, in später Abendstunden zu Ende geführt werden.

Die chemische Abteilung käme für den Tarif der chemischen Industrie nicht in Betracht, weil dort gegenwärtig nur Taschenlampenbatterien hergestellt werden. In dieser Abteilung haben wir — heißt es weiter — durch die Exerzier der jungen Arbeiterschaft, männlichen wie weiblichen Geschlechts, durch die Unverschämtheit bezüglich ihres Auftretens, der Rücksichtslosigkeit in der Materialvergeudung und der leichtsinnigen Arbeit, weil nur bei vereinzelter Person noch Lust zur Arbeit bestehe, schon so traurige Erfahrungen gemacht und soviel zugekostet, daß wir die völlige Auflösung dieses Unternehmens beschlossen haben. Es ist deshalb nicht notwendig, daß sie sich noch bemühen, um eventuell die sofortige Stilllegung und Entlassung aller Beschäftigten zu beschleunigen.

Es wäre sicher angebracht, die Arbeiterschaft zur Pflicht-erfüllung und Arbeitsamkeit anzuhalten, statt jeder Anregung eines jungen arbeitsunlustigen, nach Jahren von der Front zurückgekommenen Menschen nachzukommen, der bis dahin überhaupt nicht arbeiten gelernt und dazu auch während seiner Dienstzeit keine Gelegenheit gehabt hat. Damit würde nur erreicht, den Rest der wirklich noch aufrechterhaltenen Betriebe so schnell wie möglich zum Stillstand zu bringen.

So die Firma in ihrer Antwort. Es ist unerhört, daß eine Firma, die doch sicher während der Kriegszeit ihre reichlichen Kriegsgewinne eingehemst hat, es wagt, berechnete Forderungen in so zynischer Weise abzulehnen und mit Schließung des Betriebes zu drohen. Die Arbeiter wurden, soweit sie nicht zum Heeresdienst eingezogen waren, gezwungen, den Kriegslieferanten die Arbeit zu machen und ihnen auf Kosten der Gesamtheit und unter Gefährdung ihrer Gesundheit den Kriegsgewinn zu erarbeiten. Ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts wurden die Arbeiter der höheren Ehre des Kapitalprofits geopfert. Und jetzt, wo unter dem Druck der ehemaligen Kriegs- und jetzigen Revolutionsgewinner die Arbeiter gezwungen sind durch Lohnforderungen ihr Dasein erträglich zu gestalten, werden sie der Unverschämtheit, Rücksichtslosigkeit und Faulheit bezichtigt. Einen ganz besonderen Krampf glaubt der Herr auszuspielen, indem er auf den jahrelangen Frontdienst der Arbeiter hinweist. So sieht der Dank der Unternehmer aus, die in ihrem geheuchelten Patriotismus den Arbeitern während des Krieges Durchhalten predigten und ihr Maulhalten mit allen Mitteln erzogen. Bei Ausbruch der Revolution haben sich die Herren Kriegsgewinner ruhig verhalten und in der Angst um ihr zusammengerafftes Vermögen sich sogar als Freunde der Revolution aufgespielt. Jetzt, nachdem sie in der neuen Republik ihre Kriegsgewinne nicht mehr gefährdet sehen, kommen sie den Arbeitern mit groben Beleidigungen und Hohn entgegen. Es fehlt nur noch, daß alle zum Heeresdienst eingezogen gewesenen Arbeiter Wagnabunden und Galanten genannt werden. Der etwas gebundene Stil des Briefes läßt fast solche Ansichten vermuten. Und doch haben die Arbeiter im Schützengraben nur für die Unternehmer gedacht und gebetet. Kann der Herr wirklich nicht ermessen, welche Gefühle die Mütter der jungen Soldaten und die Frauen der Verheirateten im Schützengraben bedrückten? Ist sich der Herr bewußt, welche Gefühle er durch seine Beschimpfung bei allen auslöst, die im Interesse des Kapitals den bunten Rock anziehen und von Eltern, Weib und Kind gerissen wurden? Wenn nicht, so raten wir ihm, im stillen Kämmerlein einmal mit sich darüber zu Rate zu gehen. Wo aber solche Fälle bekannt werden, müßte die Regierung diese Herren zwingen, den Betrieb weiterzuführen und den Arbeitern den Tariflohn zu zahlen. Wenn dadurch die Kriegsgewinne aufgebraucht werden, wäre das für die Unternehmer ein kleineres Übel als die Untergrabung der Gesundheit der Arbeiter im Schützengraben, der Verlust ihrer gesunden Glieder und eventuell ihres Lebens. Wir raten den Herren, die Grenzen des Anstands nicht allzusehr zu überschreiten, denn Beschimpfungen vergrößert die Arbeiterschaft nicht. Ihre berechtigten Lohnwünsche werden die Arbeiter durchzusetzen verstehen, weil die Erhaltung ihrer Gesundheit und des Lebens dies erfordert. G. S.

Unternehmer gegen den Reichs- und Bezirkstarif.

Kürzlich machten wir im „Proletarier“ auf die Mängel des Reichstarifes für die chemische Industrie und die mangelnde Einheitlichkeit in den Bezirkstarifen aufmerksam. Um den Tarif zu umgehen, gründeten die Unternehmer örtliche Organisationen und erklären dann, daß sie sich den tariflichen Bestimmungen nicht zu fügen brauchen, weil sie einer Sonderorganisation angehören. Dabei schreien gerade diese Unternehmer über mangelnde Tarif-treue der Arbeiter. Die treibenden Kräfte hierbei sind häufig die Geschäftsführer der örtlichen Arbeitgeberverbände, die durch Bekämpfung der Tarifbestimmungen den Unternehmern ihre Grenz-berechtigung beweisen wollen. Diese Tariffrage können wir durch Beispiele bei den Bezirksstarifberatungen in Fülle beibringen.

In der Untergruppe Pommern der Sektion I reichten die Arbeiter ihre Forderungen ein. Die Unternehmer machten ein Angebot, das hinter den niedrigsten Tariflohn der chemischen Industrie Deutschlands erheblich zurückblieb. Weitere Zugewinnungen konnten nicht erreicht werden, so daß die Verhandlungen scheiterten. Durch Bemühungen des Arbeitgeberverbandes kamen neue Verhandlungen zustande. Das Angebot der Unternehmer wurde um 5 Pf. pro Stunde erhöht und blieb immer noch hinter den niedrigsten Tariflohn Deutschlands zurück. In der Verhandlung bestimmte der Geschäftsführer des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes in Sektin den Lohn. Anschließend an die Ausführungen dieses Herrn erklärten die Unternehmer, daß sie im „Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands“ nur unter Vorbehalt Mitglied geworden seien und den Reichstarif überhaupt nicht anerkennen. Einen höheren als den angebotenen Lohn wollten sie nicht zahlen, weil nicht das Existenzminimum richtunggebend für den Lohn sei, sondern die Löhne der umgekehrten Arbeiter anderer Berufe. Uebrigens überschreite der angebotene Lohn bereits das Existenzminimum. Auf den Widerspruch der Arbeiter fand die Erklärung des Geschäftsführers, daß in Sektin und Umgebung die Lebensbedingungen für die Arbeiter wesentlich günstiger als im übrigen Deutschland seien, weil die Lebensmittelpreise niedriger und die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel leichter und erschwerend sei, Anflug bei den Unternehmern. Das wurde auch zu beweisen versucht. Unter diesen Umständen scheiterten die Verhandlungen wieder. Die Arbeiter stellten darauf den Antrag, die fruchtlose Lohnfrage dem im Reichstarif vorgesehenen Schlichtungsausschuß zur Entscheidung vorzulegen und

nach erfolgtem Schiedspruch die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wie es in anderen Bezirken auch schon geschehen sei. Das lehnten die Unternehmer ab. Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes dirigierte auch bei dieser Gelegenheit. So sieht das Entgegenkommen der Unternehmer aus, die ihre Kriegsgewinne unter Dach und Decken und nun den Arbeitern das zum Lebensunterhalt Notwendigste vorenthalten. Daß dieses Verhalten die Arbeits-unlust der Arbeiter nicht befähigt, wollen die Herren nicht einsehen. Vielleicht geschieht das aber noch, denn ohne sich fassen zu können, wird der Arbeiter beim besten Willen nicht arbeitsfähig bleiben. G. S.

Die Bezirkslohnstarife der chemischen Industrie

haben nicht das gebracht, was die Mehrzahl der Kollegen und auch wohl ein Teil der Unternehmer von ihnen erwartete, nämlich, daß Ruhe in diesem Industriezweig eintreten würde. In den Versammlungen und auf den Arbeitsstätten wird nun auf die zuständigen Organisationen geschimpft, ohne indessen etwas zu unternehmen, um die Fehler dieser Vergebung zu beheben oder wenigstens nach Ablauf bei den neu abzuschließenden Vereinbarungen zu verhindern. Um auch einmal die Ansicht anderer Kollegen zu hören, möchte ich heute die Frage aufwerfen, ob es überhaupt zweckmäßig ist, für eine so verschiedenartige Industrie einen einheitlichen Lohnstarif abzuschließen. Es muß jedenfalls erreicht werden, daß die einzelnen Berufsgruppen innerhalb der chemischen Industrie mehr als bisher zur Geltung kommen. Um ein Beispiel anzuführen, will ich einmal die Sprengstoffarbeiten und Ent-laborierbetriebe herausheben. Wegen der Gefährlichkeit dieser Betriebe liegen sie alle mehr oder weniger in ländlichen Gebieten. Ob-schon sich die Arbeiterschaft zum großen Teil aus den nahen Städten rekrutiert, bestehen die Unternehmer auf den niedrigsten Ortslohn-tarifen. Gerecht wäre es doch wohl, wenn diese Betriebe den ersten Ortslohn-lassen zugeteilt und den Arbeitern die stundenlangen Wege, welche zum Teil zu Fuß zurückgelegt werden müssen, angemessen vergütet oder auf die Arbeitszeit mit angerechnet würden. Diese langen Wege müssen im Interesse der Allgemeinheit gemacht werden, um die Gefährdung der Umgebung auszuhalten.

Nun haben die Lohnstarife für verschiedene Arbeiter in den Spreng-stoffabriken einen Aufschlag von 10—20 Pf. vor. Nach meiner Ansicht müßte der Aufschlag ganz ohne die vorher angegebenen Gründe mindestens 40—60 Pf. betragen; das wäre bei 8 Stunden Arbeit gegenüber den anderen Betrieben ein Mehrverdienst von durchschnittlich 4 Mark. Dieser Mehrverdienst soll eine Entschädigung für erhöhte Gefahr sein. Auch die Verantwortung gegenüber den Arbeitskollegen und der Öffentlichkeit ist größer als bei jeder anderen Arbeiterkategorie. Durch eine einzige unvorsichtige Handlung kann das Leben vieler Kollegen vernichtet werden. Auch die gesundheitsgefährliche Arbeit innerhalb der Entlaborierbetriebe muß berücksichtigt werden. Nicht allein daß die Arbeiter mit einer frühzeitigen Arbeitsunfähigkeit zu rechnen haben, sie müssen auch die Kosten der Lebensmittelpulver, die sie sich zur Auf-rechterhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit unbedingt beschaffen müssen, aus diesem Mehrverdienst befreien. Hoffentlich werden diese Belen dazu beitragen, der Verbandsleitung selbst mehr Interesse für die einzelnen Berufsgruppen innerhalb der chemischen Industrie abzurufen, aber auch den schimpfenden Kollegen den Weg zeigen, auf dem wir arbeiten müssen, denn unser Verbandsorgan ist doch nicht lediglich ein Papier- und Zunderzeitung. Kollegen, sorgen wir alle dafür, daß wir den Nutzen gegenseitiger Aufklärung aus ihr ziehen können! G. S.

Papier-Industrie

Mehr Rechte den Betriebsräten!

Zur Zeit tobt im Betriebsräteauschuß der Nationalversammlung der Kampf um die wirtschaftlichen Rechte der Betriebsräte. Mit Hilfe der bürgerlichen Parteien suchen die Unternehmer den Betriebsrätegesetz-entwurf zu verhandeln. Ueber die bisherige Gestaltung des Betriebs-rätegesetzes hat der „Proletarier“ berichtet; so daß eine Wiederholung nicht notwendig ist.

Bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversamm-lung werden die Vertreter der Arbeiterschaft versuchen müssen die Ver-schlechterungen wieder auszumergen. An der Arbeiterschaft in den christ-lichen und kirchlich-Dauerlichen Organisationen wird es mit liegen, dahin zu wirken, daß ihre politischen Vertreter in den Reihen des Zentrums und der demokratischen Partei bei der zweiten Lesung nicht wieder die Interessen der Unternehmer in den Vordergrund stellen, sondern sich der politischen Pflichten erinnern, die sie ihren Arbeitern aufhellen schulden.

Mitunter werden die Unternehmer schon selbst die Wörungen des kommenden Betriebsrätegesetzes abzuschwächen. Nach dem „Sam-burger Fremdenblatt“ vom 2. November 1919 beschloß die Generalver-sammlung der Winterthurer Papierfabriken die Zahl der Aufsichtsrats-mitglieder von 5 auf 3 herabzusetzen, weil sich — nach den Ausführungen des Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft — die Zahl der Arbeit-nemervertreter im Aufsichtsrat nach der Gesamtzahl der Aufsichtsrats-mitglieder richte. Da die Herrschaften möglichst wenig, am liebsten gar keine Arbeitervertreter in ihren Aufsichtsräten haben möchten, so treffen sie schon vor dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes die nötigen Maß-nahmen zur Verminderung der ihnen angeblich drohenden Gefahr. Neben solchen Maßnahmen treffen die Unternehmer auch schon weitere Vorbe-reitungen zur Sicherung ihrer Kapitalinteressen, die sie lieber noch vor dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes unter sich im engeren Kreise erleben. So haben nach der „Papier-Zeitung“ bereits 15 Aktiengesell-schaften eine Erhöhung ihres Aktienkapitals beschlossen. Weitere fünf Gesellschaften bereiten eine Erhöhung des Aktienkapitals vor, und von den übrigen Aktienerneuerungen werden noch verschiedene diesem Vorgehen folgen. Wenn auch nicht bekannt werden soll, daß die Entwertung unseres Geldes eine finanzielle Kräftigung der Aktiengesellschaften, vom kapitalistischen Standpunkte betrachtet, als wünschenswert erscheinen läßt, so dürfte es umso wichtiger Bedeutung bei den Unternehmern doch der Gedanke mit maßgebend gewesen sein, den Reingewinn auf eine größere Kapitalsumme zu verteilen, um dadurch die zur Auszahlung kommenden Dividenden auf einen niederen Satz zu bringen. Trotz aller Kräfte- und „Revolutionen“, trotz Kohlen-, Kosten- und Wagen-mangel gelangt es verschiedenen Aktiengesellschaften, nach recht ansehn-liche Reingewinne zu erzielen, die bei niedrigerem Aktienkapital zu hohe Dividendenanteile ergeben. Erhöhen aber bei erhöhtem Kapital die Dividendenanteile niedriger, so wird die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter und ihrer politischen Vertreter in den Aufsichtsräten etwas gedämpft. Gleich-zeitig wird aber auch der Steuerbehörde ein Schnippen geschlagen, da nach dem Rottevaugelgesetz alle bis zum 31. Dezember 1919 zum Parafurte ausgegebenen neuen Aktien vom abgabepflichtigen Vermögen gelöst werden können. Bei einer Mitwirkung der Betriebsräte in den Aufsicht-räten wären derartige Transaktionen wahrscheinlich nicht immer so ein-jach erledigt worden, weil die Betriebsräte nicht bloß die Pflicht haben, das Wohl der Unternehmer zu wahren, sondern auch das Allgemeinwohl des deutschen Volkes zu wahren.

Nach einer Meldung der „Papier-Zeitung“ vom 14. Dezember 1919 sind die Königsberger Zellstoffabrik-A.G. und die „Norddeutsche Zell-stoffabrik-A.G.“ in Königsberg in den Besitz des Stinnes-Konzerns über-gegangen, der um die Preise für seine Chlorprodukte nicht sinken zu lassen, dazu übergeht, Zellstoff-fabriken zu erwerben oder neue zu bauen. Durch diesen Erwerb, der mit Hilfe der Deutschen Bank vor sich gegangen ist, heben die Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrieellen auch in der Papiererzeugungindustrie einen nicht zu unterschätzenden Einfluß erlangt. Ob es sich beim Königsberger Erwerb um einen Kauf handelt, ist noch fraglich. Möglicherweise verschwinden auch noch andere Werke in den Armen des Stinnes-Konzerns. Nun Schaben der beteiligten Arbeiter-schaft wäre es wohl sicher nicht gewesen, wenn auch ihre Vertreter aus den Betriebsräten ein Wort hätten mitsprechen dürfen, zumal es der Arbeiterschaft nicht ganz gleichgültig sein kann, wenn die Kraftmagnaten, die sich mit allen nur erdenklichen Mitteln gegen die Sozialistierung der Industrie wenden, immer neue Industriebetriebe unter ihre groß-kapitalistische Gewalt bringen.

Das Unternehmertum fühlt sich bei der Abwidlung derartiger Ge-schäfte, auf die es selbstverständlich auch in der Zukunft nicht zu ver-zichten gedenkt, durch eine Einwirkung der Betriebsräte eingeengt; aus diesem Grunde führen sie auch den Kampf gegen das Betriebsrätegesetz

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Wie sich die Unternehmer fühlen.

Der Geschäftsführer für Sachsen wählte für die Arbeiter der Firma Taglia u. Freitag, Industriewerke, G. m. b. H. in Penitz im Vogtland, Forderungen ein entsprechend dem Reichstarif für Sachsen, und ließ sie die Bemerkung daran, daß die Firma in die ganze Reichsweite geschickt. Die Firma antwortete darauf, die Forderungen seien höher nicht von der Arbeiterschaft ausgegangen, sondern vom Geschäftsführer. In der Abteilung „Gummifabrik“ mangelte es an Personal, so daß der Betrieb schon längere Zeit eingestellt werden mußte und die Firma schon viele 1000 Mk. zugewonnen habe. Die Arbeiter seien auch vernünftig genug, dies einzusehen. Sollten sie aber mit den wirklich gezahlten Gehältern nicht zufrieden sein, so würde der Betrieb geschlossen. Den Nutzen hätte dann die Firma, nicht aber die Arbeiter.

mit aller Schärfe. Aber auch das übrige Geschäftsgebaren der Unternehmer drängt im Interesse unserer Volkswirtschaft auf eine intensive Entwicklung der Betriebskräfte in allen wirtschaftlichen Fragen. Die Schmelzindustrie, mit der sich wieder viele Unternehmer im Auslande unbeliebt machen, erfordert deren Befähigung mit Hilfe der Betriebskräfte, wenn nicht das Ansehen der deutschen Industrie im Auslande ganz vernichtet und der Wert der deutschen Wärl im Auslande auf den Nullpunkt sinken soll. Während im Reich die Preisstreiber keine Einde finden, das deutsche Volk nach allen Regeln der kapitalistischen Kunst durch Wucherpreise geschädigt wird, werden unsere Erzeugnisse nach dem Auslande hin verschickt. Die vom Auswärtigen Amte herausgegebenen Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft berichten in ihrer Nr. 131, daß die Schweizer Papierindustrie lebhaft über die deutsche Preispolitik klagt, da von Deutschland Papierorten zur Hälfte, ja sogar zum dritten Teile des Preises angeboten werden, für den die Schweizer Fabriken sie herstellen können. Ähnliche Klagen liegen auch aus anderen Staaten in Fülle vor und erstrecken sich nicht nur auf die Papierindustrie, sondern auf fast alle deutschen Erzeugnisse. Wohl versuchen die von Industriellen, Vertretern des Handels und der Arbeiterschaft besetzten Außenhandelsstellen diesem Treiben durch scharfe Vorschriften Einhalt zu gebieten; das moralische Gewissen verschiedener Fabrikanten und besonders der Ausführhändler ist aber derartig weit geworden, daß es nur noch durch eine scharfe Kontrolle aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten wieder auf das erlaubte Maß zurückgeführt werden kann. Tatsache ist, daß in den letzten Monaten die Papierausfuhr teilweise zum Schaden der heimischen Papierverarbeitungsindustrie gestiegen ist und besonders geschäftsbefähigte Schächerer sich nicht scheuen haben, selbst die amtlichen Ausführbewilligungen zu fälschen. Ebenso ist es Tatsache, daß Papier aus Deutschland ausgeführt wurde, um eine Rundreise durch halb Europa zu machen, damit es in Deutschland zu „Auslandspreisen“ wieder eingeführt werden konnte.

Der Schieberhandel steht in höchster Blüte. Trotz aller behördlichen Preisbestimmungen und Kontrollmaßnahmen werden ungeheure Quantitäten Papier verschoben, und das traurigste an der Sache ist, daß viele Papierverarbeiter öfterlich diesen Schieberhandel verdammen und verurteilen, ihn aber heimlich aus reiner Profitgier „unheimlich“ unterstützen. Wir wollen heute keine Namen nennen, aber die Tatsache wollen wir mitteilen, daß solche Kapitalpekulanten sogar noch vor einer scharfen Bekämpfung in schweigepflichtigen Kreisen warnen, weil sie befürchten, daß dadurch abermals die Schieberpreise in die Höhe kletterten. Der Schieberhandel ist derartig einträglich, daß die Herrn Schleichhändler, so lange sie nicht ihren Kopf zu verlieren haben, jede Strafe, wenn wirklich einmal ein solcher Verbrecher gefasst wird, mit in Kauf nehmen. Nach einer Mitteilung des „Papierabwicklers“ wird der Waggon Rollenpapier zum Preise von 22 000 bis 26 000 M. verschoben, so daß die Herrschaften an jedem Waggon rund 10 000 M. verdienen. Bei diesen Gewinnen kommt es diesen Schleichhändlern auch nicht auf die Leistung eines Meines an, wenn nur damit Geld verdient wird. Der „Papierfabrikant“ weiß zu berichten, daß die Geschäftsführung der „Volkswacht“ 10 000 Kilo maschinenglatte weißes Papier in Rollen, 8000 Kilo Rotationsrollen vom Lager zum Preise von 195 M. für 100 Kilo brutto für netto und dazu noch maschinenglatte Druckpapier im Mindestgewicht von 55 Gramm zum Preise von 176 M. angeboten erhalten hat. Der Schieber teilt gleichzeitig mit, daß „vieles Papier allerdings nicht zum Druck von Tageszeitungen verwendet werden soll, worüber sein Freund eine eideschwurliche Versicherung beibringen mußte“. Wir sind jetzt davon überzeugt, daß bei einer gründlichen Kontrolle der Betriebskräfte und bei einem etwas lebhafteren Zugreifen des Staatsanwaltes manchem dieser Schieber sein Wasserloch ausgeblasen werden könnte. G. St.

Capeten-Industrie

Zur Lohnfrage

wird aus Bremen geschrieben: Auf unser Eingefandt in Nr. 49 des „Proletariats“ erwidert Kollege Ph., daß die Konferenz in Hannover ausdrücklich betont habe, der Verhandlungskommission kein gebundenes Mandat zu geben. Das stimmt wohl, aber die beschlossenen Prozente sollten doch als feste Richtlinien dienen, und zwar nicht nach unten, sondern nach oben. In diesem Sinne wollen wir die Worte „gebundenes Mandat“ verstanden wissen, darum können wir den Rückgang schlecht einsehen. Noch weniger kann man von einer Diktatur reden, wenn man sich unsere Löhne ansieht. Eine zu große Bescheidenheit können wir Tapetenarbeiter nicht auf uns nehmen. Da sind unsere Fabrikanten besser beraten. Sie diktiert ihre Preise und finden auch Mittel und Wege, sie durchzubrüden. Weiter sagt Kollege Ph. 1. Für die 1. und 2. Klasse wäre etwas weniger herausgekommen, aber für die 3. und 4. Klasse kommen die geforderten Sätze heraus. Näher befehen ist das aber eine Selbsttäuschung, denn Kollege Ph. weiß doch auch, daß die Mehrzahl der Kollegen in der 1. und 2. Klasse ist, und gerade diese sind es, die unter den mißlichen Verhältnissen zu leiden haben. Dazu kommt noch, daß auf der Konferenz vom Vorstandstisch aus gesagt wurde, die 4. Klasse müsse ganz verschwinden, und nun wird sie sogar in den Vordergrund gestellt. Nun heißt es weiter: die gesamte Arbeiterschaft der Tapetenindustrie solle darüber entscheiden, ob die Zugeständnisse annehmbar sind. Wertwürdigerweise haben wir nichts darüber gehört, vielmehr war, als wir das Material zu Gesicht bekamen, alles fix und fertig und gegenseitig unterschrieben. Ein paar Tage darauf wurde schon nach diesen Sätzen ausbezahlt. Weiter hält man uns vor, die geforderten 25 Prozent wären bereits überholt, weil einige Fabriken Teuerungszulagen bis zu 300 M. gezahlt haben. Nun, Kollege Ph., diese sind schon längst verdient und kommen auch nicht mehr in Anrechnung. Auch haben die meisten Kollegen nichts davon gespürt. Die meisten Fabriken stehen auf dem Standpunkt: der Tarif ist für uns maßgebend, und nur ein paar Bevorzugte erhalten etwas mehr; das Gros nichts. Dieses sollte aber vermieden werden, denn es fördert das Strebertum und brinat leicht wieder die Uneinigkeit in unsere Reihen. Wenn nun immer wieder betont werden muß, daß der Sinn der Wirklichkeit nicht verloren gehen darf, so muß doch den Herren Unternehmern die Wirklichkeit vor Augen gehalten und ihnen die Frage vorgelegt werden, ob sie mit einem Lohn von 95-110 M. eine fünfköpfige Familie unterhalten können, ohne sie dem langsamen Hungertode preiszugeben. Um jedem ein klares Bild über unsere Lage zu geben, werden wir in einer der nächsten Nummern des „Proletariats“ den wöchentlichen Etat einer fünfköpfigen Familie eines Tapetenarbeiters bekanntgeben. Zum Schluß noch folgendes: Als wir den ersten Tarifentwurf zu Gesicht bekamen, haben wir das Klassensystem sofort verurteilt. Heute haben wir den „Salat“. Die Lohnklassen sind das Kleingewicht an unserem Tarif. Warum überhaupt Klassen? Sind wir Arbeiter in der Provinz nicht gerade so gut unseres Lohnes wert wie die Kollegen an anderen Plätzen? Letzten Endes sind die Klassen doch nur eine Konzession an die Fabrikanten und eine Prämie für die Fabriken, welche das „Berdienst“ haben, an billigeren Orten zu produzieren. Darum: „Nieder mit dem Klassentarif!“ Die Kollegen der Zasthelle Bremen.

Keramische Industrie

Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen.

Unter dem 8. Dezember 1919 ist auf Blatt 294 des Tarifregisters eingetragen worden:

Der zwischen dem Verband badischer Ziegeleibesitzer, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 12 und 13, und dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Bezirk Südwestdeutschland, am 19. August 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Ziegeleindustrie wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet des Freistaates Baden für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. November 1919.

Der Reichsarbeitsminister.
S. B.: Geib.

Unter dem 8. Dezember 1919 ist auf Blatt 297 des Tarifregisters eingetragen worden:

Der zwischen dem Bayerischen Tonindustrieverband, G. B., dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und dem Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter Deutschlands, Verwaltungsbereich Bayern, am 1. August 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Ziegeleien, Dachziegel- und Schamottewerken wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet des Freistaates Bayern rechts des Rheins für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. November 1919.

Der Reichsarbeitsminister.
S. B.: Geib.

Konferenz der Ziegeleiarbeiter der Rheinpfalz.

Am 8. Dezember fand in Neustadt a. d. S. eine Konferenz der pfälzischen Ziegeleiarbeiter statt. Die Konferenz sollte hauptsächlich Stellung nehmen zur eventuellen Kündigung des bestehenden Tarifs. Ein Antrag des Kollegen Ober (Neustadt) wird als 2. Punkt noch Bericht der Schlichtungskommission festgesetzt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung berichtet zunächst Gewerkschaftsleiter (Ludwigshafen). Der Redner führte sinngemäß folgendes aus: In unserer gegenwärtigen unruhigen Zeit, wo überall viel Unzufriedenheit herrscht, können natürlich auch Tarifverträge kaum zu allgemeiner Zufriedenheit ausfallen. Da nur in zwei Ziegeleien, in Ludwigshafen und in Speier, die Arbeiterschaft gut organisiert war, hielt es besonders schwer, Tarifverträge abzuschließen. Strittige Punkte sind die Klasseneinteilung und die Frage, ob Tag- oder Alltagslohn. Wo angängig, empfiehlt Redner letzteren, denn so mancher Arbeiter wird dadurch überflüssig. Redner vergleicht die früheren Zustände, die Alltagsarbeit betreffend, mit der heutigen Alltagsarbeit, und kommt zu dem bereits angeführten Resultat. Unter Hinweis darauf, daß sich die Ziegeleiarbeiter sehr schwer an die geänderten Zustände gewöhnen können, erinnert an die Widerstände, die man bei der Agitation zu brechen hat, erläutert der Referent dann die Aufgaben der Arbeiterauschüsse. Nach Schilderung der Verhältnisse der Kampagnearbeiter weist Kollege Schreiber auf die Notwendigkeit der Tarifabschlüsse hin. Redner geht auf die grundverschiedenen Verhältnisse in Nord- und Süddeutschland ein. Während im Norden noch fast allgemein der Achtstundentag besteht, haben wir im Süden durchweg den Ahsstundentag. Als besonders wichtig bezeichnet der Redner die Regelung der Arbeitsvermittlung. Am Schluß seiner Ausführungen streift er noch die Grenzvertragsfrage und betont besonders, daß die jetzige Gruppen- und Klasseneinteilung verschwinden müsse. Er weist auf die Notwendigkeit einheitlicher Verkaufspreise hin. In der Diskussion macht Ober (Speier) auf die günstigen Konjunkturverhältnisse aufmerksam, den Wiederaufbau in Frankreich, die Wohnungsnot und die dadurch bedingte Beschaffung von Rohmaterial, für deren Herstellung die Ziegeleiarbeiter in erster Linie in Betracht kommen. Er hebt besonders die Tatsache hervor, daß der Tarif bereits vielfach überholt sei, und empfiehlt die Wahl einer festgliedrigen Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Tarifs. Aus den Ausführungen der verschiedenen Redner sei hervorgehoben, daß sämtliche Redner für Kündigung des Tarifs eintreten. Sattler (Ludwigshafen) verlangt eine Teuerungszulage von 500 M. für Verheiratete und 300 M. für Ledige. Saar (Saarbrücken) geht auf die christliche Agitation ein und verwies auf das bekannte Solinger Wochenlohn von 240 M. Er verlangt dem Weltmarktpreis angemessene Löhne. Ober (Speier) unterstellt das Verlangen, daß der Urlaub nach einem Jahre gewährt werden soll, warnt aber vor Sonderabmachungen und macht darauf aufmerksam, daß man jetzt schon die Produktion während der Kampagne verberge. Die Verhältnisse in den Atripier Ziegeleien finde er bedauerlich, ganz besonders die Kinderarbeit in den Ziegeleien zu verwerfen. Besonders wandte er sich gegen die Ausführungen des Kollegen Saar, denn so sei es nicht möglich, etwas für die Arbeiterschaft zu erreichen, dies würde als schöne Verprechungen aufgefaßt, und die Arbeiter seien dann schwer enttäuscht, wenn derartige hohe Löhne nicht durchgesetzt werden können. Kollege Saar erwiderte darauf, so seien seine Ausführungen nicht auszuweisen, sondern er habe darauf hingewiesen, daß für die gegenwärtigen Preise ein Stundenlohn von 5 M. nicht ausreichte. Kollege Schreiber sagt die Ausführungen der Diskussionsredner kurz zusammen, führt Klage über die ungenügende Mitarbeit der Kollegen und tritt für den Vorschlag Ober ein, eine Lohnkommission zu bestimmen, die einen neuen Vertragsentwurf auszuarbeiten habe. Den Antrag der Ludwigshafener Kollegen kann er nicht befürworten, er bezweifelt, daß die Unternehmer darauf eingehen, weil die Kampagne vorüber ist und die im Betriebe sich befindlichen Ziegeleien mit Kohlenmangel zu kämpfen haben. Dann richtet er einen Appell an die Kollegen, daß in allen Bezirken Ziegeleiverfassungen stattfinden, um die Organisation zu stärken. Kollege Ober stellt fest, daß man einstimmig für die Kündigung sei. Zur Kommission wurden die Kollegen Keiser (Ludwigshafen), Steinbrecher (Eisenberg), Saar (Saarbrücken), Weiß (Eisenberg), Sattler (Ludwigshafen), Marx (Weinsberg) und Gropp (Atrip) bestimmt.

Hierauf erstattete Kollege Ober Bericht über die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses. Die Hauptaufgabe war, strittige Ziegeleien in die Diszissen einzureihen. Zur Beilegung der Differenzen in der Ziegelei Merkel waren die Kollegen Ober und Schreiber beauftragt, in der Ziegelei selbst mit den Arbeitern und der Betriebsleitung Rücksprache zu nehmen und eine Verständigung zu erzielen, was auch gelang. Ziegelei Carlsmann konnte nicht erledigt werden.

Nach einer kurzen Aussprache schloß der Kollege Ober die Konferenz.

Konferenz der Conröhrenarbeiter in Köln.

Eine Konferenz der Conröhrenarbeiter, die bis zu 80 Prozent im Verbands der Fabrikarbeiter organisiert sind, tagte am Sonntag, dem 7. Dezember, im Volkshaus in Köln. Es waren 13 Delegierte erschienen. Kollege Gerwig berichtete über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen und teilte mit, daß die laufenden Verträge in der Conröhrenindustrie und auf den Röhrenwerken gebündigt seien. Das Bestreben des Verbandes gehe dahin, für das gesamte Röhrenhandwerk einen Tarifvertrag zu schließen. Die Unternehmer haben sich bisher dagegen gestraut und auch zum Teil erreicht, daß die Arbeitsbedingungen keine Einheitlichkeit anzunehmen haben. Die Schuld liegt aber vor allem an der Arbeiterschaft, die bis vor einiger Zeit noch unorganisiert war. Wie weit es gekommen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die Firma Gröppeler in Gr. Königsdorf bei der Einreichung von e. s. Teuerungszulage sofort mit Arbeiterentlassungen gedroht hat. Sogar Angehörige der Fabrik hat man hinausgeworfen, weil man glaubte, dadurch die Ruhe wieder herstellen zu können. Am Schlichtungsausschuss

in Köln hat die Firma eine glatte Niederlage erlitten und mußte den Obmann des Ausschusses wieder einstellen. Auch diesem Schlichtungsausschuss hat sich die Firma nicht gefügt; die weiteren Schritte sind eingeleitet.

In Frechen verfuhrte man die freie Organisation n. eberzubalten dadurch, daß die Fabrikanten den Arbeitern empfohlen hatten, in den christlichen Keramarbeiterverband einzutreten. Aber auch diese Mittel haben nichts genutzt, zu 90 Prozent sind die Kollegen bei uns im Verbands. Es wurde beschlossen, eine neue Vorlage auszuarbeiten und dieselbe alsbald den Fabrikanten einzureichen. Die Vorschläge wurden festgelegt und alles Weitere der Verhandlung überlassen. Die Bildung einer Sektion der Conröhrenarbeiter wurde gutgeheißen.

Verschiedene Industrien

Caribewegung in der Sonneberger Spielwarenindustrie.

Nicht allen ist dieser Ort bekannt, wo Tausende von fleißigen Händen sich regen, um für Kinder, gleich ob arm, ob reich, die reizendsten Spielzeugen für den Weihnachtsfest herzustellen. In vielen kleinen Betrieben und in Heimarbeit, wobei manches Kind noch mit zur Arbeit herangezogen wird, werden zur Freude anderer Puppen, Osterhasen, Altrappen, Hampelmänner und noch tausend andere Artikel fertig. Die Bezahlung war vor dem Kriege miserabel, und kann auch heute noch nicht ausreichend genannt werden. Mit freudigem Herzen nimmt manches Kind seine süße Puppe zur Hand und ahnt nicht, daß auch Kinder an deren Herstellung mitarbeiteten. Erst dieser Tage wurde ein solcher Ausbeuter zur Anzeige gebracht. Ganz so schlimm wie früher ist es heute erfreulicherweise nicht mehr. Der gewerkschaftliche Gedanke hat bei den Spielwarenarbeitern Einkehr gehalten. An 3800 Mitglieder zählt nunmehr die Zasthelle Sonneberg und Umgebung. Als achtunggebietender Faktor tritt heute die Organisation auf. Zum dritten Male ist sie in diesem Jahre an die Arbeitgeber herangetreten, um höheren Lohn zu fordern. Die Arbeitgeber haben anerkannt, daß Lohnhöhungen notwendig sind. Nach gepflogenen Unterhandlungen kam für männliche Arbeitskräfte eine Lohnhöhung bis zu 19 M. in der Woche zust. de, so daß nunmehr der Wochenlohn 90 M. erreicht. Die Arbeiter erhalten bis zu 13 M. mehr; der Wochenlohn beträgt nunmehr 48 M. Das Vorgehen der Arbeiter hat aber auch die Arbeitgeber zum Zusammenschluß veranlaßt. Es hat den Anschein, daß die Kleinsten der Arbeitgeber eines Tages zum Kampfe blafen werden. Spielwarenarbeiter, habt acht! Glaubt nicht, daß nunmehr alles erreicht ist. Die Not des täglichen Lebens steigt; für die Spielwarenarbeiter bleibt noch manches zu wünschen übrig. Viele bekommen noch keinen Tariflohn, hauptsächlich in den kleineren Orten, wo die Organisation noch nicht oder nur mangelhaft ausgebaut ist. Es ist himmelschreiend, Löhne von 40 M. werden dort noch gezahlt. Wenn die Verhältnisse in der Sonneberger Spielwarenindustrie sich dauernd bessern sollen, dann muß auch die Arbeiterschaft sich dauernd um den Ausbau ihrer Organisation bemühen.

Maßnahmen für die Steigerung der Zuckerproduktion.

Zu unserem Artikel in der letzten Nummer des „Proletariats“ über Zuckerpresse ist noch nachzutragen, daß die Reichsregierung dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zur Förderung des Zuckerrübenbaues und der Zuckerverzeugung vorgelegt hat, weil infolge der Bitterungs-, Verkehrs- und Arbeitsverhältnisse dieses Jahres nicht nur die Gefahr besteht, daß große Rübenmengen nicht geerntet werden und den Fabriken verloren gehen, sondern auch ein schlechtes Ergebnis der diesjährigen Kampagne die Anbauauf für das nächste Jahr lähmen würde. Es soll durch Zuschläge auf die Zuckerpresse ein Fonds gebildet werden, aus welchem Rübenbau und Fabriken für ihre Mehraufwendungen zu entschädigen sind. Dieser Zuschlag soll durch die Fabriken von dem durch sie nach dem 31. Dezember 1919 unmittelbar an den Verbraucher gelieferten Zucker in Höhe von 25 M. je Zentner erhoben und an den Fonds abgeführt werden. Für das nächste Wirtschaftsjahr 1920/21 soll ferner ein Rohzuckerpreis von 150 M. für den Zentner garantiert, außerdem für den Rübenbau Schilfschalter bezwogen zur Verfügung gestellt werden. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß wir auch mehr Zucker bekommen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

In Deutschösterreich hat der Hunger seinen Einzug gehalten. Der Gemaldfrieden hat dieses Staatswesen seiner natürlichen Hilfsquellen beraubt, der Nahrungsmittelgebiete wie der Kohlenreviere, und das Wenige, das man ihm belassen hat, ist nicht entfernt ausreichend, um den Bedarf seiner Bevölkerung zu befriedigen. Die Entente hat auch die Vereinigung Deutschösterreichs mit der Republik Deutschland gehindert, welche allein dem unglücklichen Donaustaate eine wirtschaftliche Lebensmöglichkeit sichern könnte. Auf sich selbst angewiesen, geht Deutschösterreich einer Zukunft unglücklicher Leiden entgegen. Schon am Beginn des ersten Winters zeigen sich Lebensmittelnot und Kujkennot in erschreckendem Maße. Schwer leidet insbesondere die Bevölkerung Wiens unter diesem Mangel, da der Zustand der Transportmittel auch dort die Heranbringung selbst des Wenigen, was verblieben ist, noch erschwert.

In dieser Not wenden sich die Gewerkschaften Deutschösterreichs an die deutsche Arbeiterschaft um Hilfe. Die Gewerkschaften Deutschösterreichs waren von Anbeginn ihrer Wirksamkeit treue Bundes- und Kampfgenossen der deutschen Gewerkschaften. Sie haben allezeit deutschen Gewerkschaftszugehörigen gepflegt und uns stets in Kampf und Not nach Kräften beigegeben. Es war ihr sehnlichster Wunsch, mit den deutschen Gewerkschaften baldigst gemeinsame Organisationen im gemeinsamen Staat zu bilden. Nicht ihre Schuld ist es, daß dieser Wunsch bisher unerfüllt bleiben mußte. Aber gewerkschaftliche Solidarität und wertvolle Hilfe kennen keine aufgesetzten Grenzen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Arbeiterschaft, ihren Brüdern in Deutschösterreich zu helfen.

Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, sofort Geldsammlungen für die Gewerkschaften Deutschösterreichs einzuleiten. Die Sammlungen sind allerorts durch die Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftsartelle) zu organisieren. Wo kein Ortsauschuss oder Gewerkschaftsartelle besteht, mögen die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften selbst die Sammlungen in die Hand nehmen. Alle Gelder sind zu senden an den Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Hermann Kube, Berlin S.-O. 16, Engelsufer 15
(Postfachkonto 7930 bei dem Postfachamt Berlin).

Ueber die eingegangenen Gelder wird im „Korrespondenzblatt“ des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes quittiert. Deutsche Arbeiter und Angestellte! Wir bitten euch um rege Anteilnahme an diesen Sammlungen, damit unseren Brüdern in Deutschösterreich schnelle und reichliche Hilfe gewährt werden kann. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Carl Legien, Vorsitzender.

Wahrheitsliebe des christlichen Keramarbeiterverbandes.

Der Keramarbeiterverband, und vornehmlich dessen Gauleiter Baumgart, verbreitet die Legende in den christlichen Gewerkschaften, der Verbandsvorsitzende Girbig des Zentralverbandes der Glasarbeiter habe 6000 M. von den Glasindustriellen erhalten. Die Legende mit den 6000 M. wird in allen Zentrumsblättern bereits weiter verbreitet und deshalb ist es notwendig, daß diesem Gerücht entgegengetreten wird.

Zahlstellenleiter-Konferenz im Gau 14.

Am 24. und 25. November fand in Oberfeld für den Gau 14 (unbelegtes Gebiet) eine Zahlstellenleiter-Konferenz statt. Besucht war die Konferenz von 30 Delegierten, die 19 Zahlstellen vertraten. Ueber die Aufgaben der Betriebsräte referierte Genosse Ingenieur Woldt. Seine Ausführungen gingen dahin, daß den Betriebsräten weitgehende Rechte einzuräumen sind, dagegen wäre es gewagt, den Betriebsräten alle großen Verantwortung aufzubürden. Den Betriebsräten muß mehr Kontrollrecht als Vollzugsrecht eingeräumt werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz (Bezirk Kitzsch). Am 11. Dezember lagte im Gauhof in Chemnitz eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Papierfabrik J. E. Weidenmüller vor, welche sich mit den zur Zeit bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigte. Der Vorstand dieses Betriebes, Herr Carl Eppelt, erklärte zunächst über die Papierarbeiter-Konferenz in Chemnitz, sowie über die Tarifverhandlungen in Dresden, und schied dann den restlichen Teil des Besuchs der Bericht wurde von Kollegen Gärwig in ausführlicher Weise erbracht. Er erklärte die Klagen und Gruppenarbeiten des bestehenden Tarifs. In der Diskussion erlosch sich ein Einverständnis betriebs der weiteren Lohnfrage. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

verurteilt die Arbeiterschaft das Verhalten des Direktors Herrn Henschel aufs Schärfste. Die Arbeiterschaft Diebenhain verlangt: Die Sonntagsarbeiten, welche früher mit 50 Prozent Zuschlag vergütet wurden, aber später wieder auf 25 Prozent herabgesetzt wurden, sind gemäß § 21 des Gesamtarbeitsvertrages, Abs. 3, wieder zu entschädigen. Gleiche Bezahlung wie in Dreierbetrieben wird verlangt. Ein Antrag auf Erhöhung der Lohlarbeiträge vom 1. Januar an fand einstimmige Annahme.

Beste Wünsche zum neuen Jahr 1920. senden allen Verbandsmitgl., ledern, Mitarbeitern, Freunden und Bekannten Der Vorstand Die Redaktion

Kohlberg. Bald ist ein Jahr verfloßen, seit der Fabrikarbeiterverband hier Eingang gefunden und am 25. Januar 1919 eine Zahlstelle gegründet hat, in der Gauleiter Meyer aus Nürnberg über die Anwendung der Organisationsprinzipien sprach. Bald darauf konnten wir auch in Schnaittenbach eine Filiale errichten, der sich circa 60 Mitglieder anschlossen und die es jetzt auf circa 150 gebracht hat. Kollegen, wenn es auch nicht jedem nach seinem Wunsch gegangen ist, so ist doch manches erreicht. Ist doch in Kohlberg ein Urlaub von 6 Tagen für jedes Mitglied, das zwei Jahre in dem Betriebe beschäftigt ist, herausgeholt. Leider sind die Kollegen von Schnaittenbach und Hirschau noch nicht zu ihrem Ziele gelangt. Das ist aber nicht unsere Schuld, sondern das liegt an den vielen Berufsorganisationen, welche in den dortigen Betrieben bestehen. In einer einzigen Kautenbrude mit 160 Arbeitern sind 4 Organisationen vorhanden. Was eine Verbandsleitung anstrebt, ruiniert die andere wieder, denn die Schwarzen arbeiten uns doch ja nur zu Trost, und wenn dann was herauskommt, so haben sie es ja gemacht? Darum, Kollegen und Kolleginnen von Schnaittenbach und Hirschau, tretet ein in den Verband der Fabrikarbeiter, in den ihr gehört! Nehmt euch ein Beispiel an der Arbeiterschaft Steinfels, die es eingesehen hat, daß sie mit ihrer bisherigen schwarzen Organisation nichts bewerkte, sondern nur im Fabrikarbeiterverband, zu dem sie übergetreten sind! Kollegen, lese jeder diesen "Proletarier" und gebe ihn an die noch fernstehenden Kollegen weiter, damit auch sie zur Einsicht kommen; dann wird auch das Jahr 1920 für sie reiche Früchte bringen! Zum Schluß denken wir unserer dortigen Filialeitung für ihre mühevollen Arbeit und Agitation, die sie in diesem Jahre geleistet hat. Die Dr. Verwaltung.

Rundschau.

Das Betriebsrätegesetz. Der Entwurf des Betriebsrätegesetzes hat im Anschluß der Nationalversammlung seine zweite Lesung passiert, ohne daß wesentliche Änderungen vorgenommen wurden. Damit ist die Entscheidung von ein oder zwei Mitgliedern des Betriebsrates in den Aufsichtsrat auch in der zweiten Lesung angenommen worden. Bezüglich der Bilanzvorlage wurde beschlossen, daß es sich dabei lediglich um die Betriebsbilanz, die Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung handelt, und daß diese Bestimmung nur Anwendung findet bei Betrieben mit mindestens 50 Angestellten oder 300 Arbeitern. Angenommen wurde ferner ein demokratischer Antrag, der die Lohnbuchvorlage nur als Unterlage zur Durchführung von Lohnbewegungen und Tarifverträgen fordert. Wenn nunmehr die Zahl der Angestellten und Arbeiter von 100 resp. 500 auf 50 resp. 300 herabgesetzt worden ist, so braucht man sich nicht einzubilden, damit die Arbeiterschaft zu befriedigen. Die bürgerlichen Parteien haben das altbekannte Spiel getrieben, erst recht wenig zu bieten, um nachher doch etwas zu geben. Es soll zu erwarten, als hätten sie Entgegenkommen bewiesen, während lediglich eine Täuschung ausgeführt wurde. Der bekannte Ausdruck hierfür heißt "Sand in die Augen streuen". Wenn in Zukunft in Betrieben mit weniger als 300 Arbeitern die Unternehmer erklären, sie wären außerstande, den Lohnforderungen der Arbeiter nachkommen zu können, so haben die Arbeiter das Recht, eine solche Versicherung nicht zu glauben. Der Nachweis für die Behauptung der Unternehmer kann nur aus der Gewinn- und Verlustrechnung erbracht werden. Die Einsichtnahme in die Lohnbücher genügt hierzu nicht. Es gibt nur eins, was die beschlossenen Halbheiten zu beseitigen: Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach das Kapital auf 18 Jahre festgesetzt wird. Wählbar zum Betriebsrat sind Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts im Alter von 24 Jahren. Mit diesem Beschluß kann man sich einverstanden erklären. Er entspricht lediglich einer Selbstverständlichkeit.

Der Schluß der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsauflösungen. Im Interesse der Kriegsteilnehmer und unserer Kriegsgefangenen hat es sich als notwendig erwiesen, die Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsauflösungen vom 14. Dezember 1918, die ursprünglich nur für die Zeit bis zum 1. Juli 1919 festgelegt war und durch die Verlängerung vom 17. Juni 1919 schon einmal bis zum 1. Januar 1920 verlängert worden ist, nochmals um ein halbes Jahr, also bis zum 1. Juli 1920, zu verlängern. Es ist dies geschehen durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit Zustimmung des Ausschusses der Nationalversammlung von der Reichsregierung erlassenen Verordnung vom 12. d. M. Es ist zu hoffen, daß die neue Frist ausreichend und ihre weitere Verlängerung nicht in Frage kommen wird, zumal da die Absicht besteht, die Abwicklung der Schuldverhältnisse der Kriegsteilnehmer inzwischen auf neuer Grundlage zu regeln.

Verbandsnachrichten.

Statistik. - Gelbe Quartalskarten. Die Berichtskarten der amtlichen Arbeitslosen-Statistik für das letzte Vierteljahr 1919 müssen bis zum 12. Januar nach Hannover gesandt sein. Stichtag ist der 31. Dezember. Die Karten sind unfrankiert, mit der Aufschrift "Portopflichtige Dienstfache" versehen, abzusenden. Nicht berichtende Zahlstellen werden im "Proletarier" veröffentlicht. Vom 13. Dezember an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Gensburg 10 609.74, Darmstadt 3300, Barmh 2000, Barmh 700, Silberstein 3000, Mannheim 22 000, Langard 130.48, Chemnitz 117.50, Köln 65.76, Seltz 400, Pöschel 600, Ullersdorf 450, Waldheim 1000, Neuhadt a. R. 200, Dieh a. d. L. 350, Unnenborn 570, R. Winnigshadt 1000, Muskau 210, Straubing 15.60, Schöningen 3.75, Schwab. Gmünd 269.90, Stolp i. Pomm. 1500, Neubudum 1500, Pösklin 5000, Artern 1000, Geithain 300, Leimbach 600, Wastenberg i. Th. 600, Uchaffenburg 3000, Egel 1000, Dippach 900, Saara 2000, Völsburg 1203, Bets 1500. An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Ullersdorf 6.50, Bennigsen 1.55, Wae i. Erzg. 213.70, Bernburg 142.95, Altenbrad 2.30, Darmstadt 273.15, Uchaffenburg 88.85, Witten 25.25, Dortmund 4.10, Weidenburg 16.45, Bauerswip 8.90, Ludwigshafen 462.90, Tüft 46.40, Egel 43.05, Mießel 10.20, Wiere 7.95, Goslar 4.35. Schluß: Donnerstag, den 18. Dezember, mittags 12 Uhr. Fritz Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

Table with 4 columns: Zahlstelle, pro Woche für männliche Mitglieder, pro Woche für weibliche Mitglieder, Die Erhöhung tritt in Kraft am. Lists various locations like Chemnitz, Emsbörn, Eilenburg, etc.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Gau 1. Stade. 1. Bev. Julius Umlandt, Steile Straße 14. 2. Bev. Karl Rehnoff, Salztorwall, Vogenhaus. Körten. 1. Bev. Louis Feinmann. Gau 4. Hagenow. 1. Bev. Karl Lübcke, Amtsstraße 4. Neustettin. 1. Bev. Karl Klug, Weinbergplatz 12. Gau 6. Gauleiter Fritz Thiem, Margaretenstraße 17, 2. Et., Zimmer 24. Gau 9. Gauleiter Fritz Thiem, Margaretenstraße 17, 2. Et., Zimmer 24. Gau 10. Gauleiter Fritz Thiem, Margaretenstraße 17, 2. Et., Zimmer 24. Gau 11. Gauleiter Fritz Thiem, Margaretenstraße 17, 2. Et., Zimmer 24. Gau 12. Gauleiter Fritz Thiem, Margaretenstraße 17, 2. Et., Zimmer 24. Gau 13. Gauleiter Fritz Thiem, Margaretenstraße 17, 2. Et., Zimmer 24. Gau 14. Gauleiter Fritz Thiem, Margaretenstraße 17, 2. Et., Zimmer 24.

Briefkasten.

Carlsehe. Wer andere Leute beschimpft, ohne den Mut zu besitzen, keinen Namen zu nennen, ist ein Feigling. Bieleicht hat er auch gar keinen "guten Namen", dann hat er allerdings Grund genug, anonym zu schreiben. Ein moralisch tiefstehender Mensch sieht in jedem anderen Menschen seinesgleichen und nennt sie deshalb Dampfen und Spitzbuben. Bieleicht hat er sich nur geirrt, als er in den Spiegel sah.